

A2 Für eine bürgernahe Sicherheitspolitik – Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Städtebaulichen Kriminalprävention im Kommunalen Präventionsrat der Stadt Leipzig

Gremium: AK Demokratie

Beschlussdatum: 19.11.2019

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet die
2 Stadtratsfraktion, sich im Stadtrat für folgende Punkte einzusetzen:
- 3 1. Im Kommunalen Präventionsrat der Stadt Leipzig (KPR) soll eine
4 Arbeitsgruppe „Städtebauliche Kriminalprävention“ eingerichtet werden.
 - 5 2. Die zu schaffende Arbeitsgruppe soll sich an kriminalitätsbelasteten Orten
6 im gesamten Stadtgebiet mit der baulichen Verbesserung von bestehenden
7 Anlagen auseinandersetzen und Empfehlungen erarbeiten. Weiterhin soll die
8 zu schaffende Arbeitsgruppe unter kriminalpräventiven Aspekten in die
9 Planung von neuen baulichen Vorhaben einbezogen werden.

Begründung

Kriminalität entsteht durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Faktoren, z. B. durch das räumliche Umfeld. Bauliche Strukturen können die Begehung von Straftaten begünstigen oder hemmen. Sie also dementsprechend negativ oder positiv auf das Sicherheitsempfinden der Bürger*innen aus. So werden bspw. Parks oder Unterführungen als klassische Angsträume gesehen.

Während in der sicherheitspolitischen Diskussion oftmals die Rede von mehr Videoüberwachung oder zusätzlichen Eingriffsbefugnissen für die Einsatzkräfte ist, kommen bürgernahe und partizipative Ansätze wie die Städtebauliche Kriminalprävention häufig zu kurz. Die Städtebauliche Kriminalprävention befasst sich mit der Entwicklung von Konzepten, mit denen es gelingen kann, u. a. durch bauliche Gestaltung bzw. Umgestaltung Kriminalität zu verhindern und auch das subjektive Sicherheitsempfinden zu stärken.

Im Kommunalen Präventionsrat der Stadt Leipzig existieren aktuell fünf Arbeitsgruppen: Fußball und Sicherheit, Extremismusprävention, Sicherheit in Kleingärten, Graffiti sowie Innenstadt. Mit Ausnahme der AG Innenstadt existiert keine Arbeitsgruppe, die sich mit kriminalpräventiven Aspekten in der Gestaltung von öffentlichen Orten auseinandersetzt. Wir fordern daher die Einrichtung einer zusätzlichen Arbeitsgruppe, die sich im gesamten Stadtgebiet unter Beteiligung der Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren mit der kriminalpräventiven Bewertung von baulichen Anlagen befasst und auch weiterhin in die Planung von Neubauten einbezogen wird. Dabei soll die Städtebauliche Kriminalprävention nicht nur als zusätzlicher Aspekt in die Planung mit einfließen, sondern von Anfang an mitgedacht werden.

So können bspw. übersichtliche und gut beleuchtete Räume geschaffen werden, sodass keine dunklen Bereiche auf Wegen oder Parkplätzen sowie inner- und außerhalb von Gebäuden entstehen. Beleuchtungskonzepte, welche kriminalpräventive Aspekte berücksichtigen, können das Sicherheitsgefühl steigern und z. B. bei der Gestaltung von Lichtanlagen in Parks oder bei der Einsehbarkeit von Fahrradabstellplätzen eingesetzt werden. Städtebauliche Kriminalprävention zielt jedoch nicht ausschließlich auf die bauliche Gestaltung und technische Ausstattung ab. Vielmehr ist es auch das Ziel,

die Anwohnerschaft für das Umfeld zu aktivieren und nachbarschaftliches Engagement zu stärken. So können beispielsweise der Anwohnerschaft zur selbstständigen Bepflanzung zur Verfügung gestellte Flächen in Parks dazu beitragen, diese vielfältiger zu nutzen und es stärkt die Identifizierung der Bewohnerschaft mit Ihrem Umfeld. Auf diese Weise kann die Stadtgesellschaft ermutigt werden, sich das Wohnumfeld anzueignen und dem Rückzug ins Private Umfeld entgegengesteuert werden.

In vielen Bundesländern, u.a. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wird das Thema Städtebauliche Kriminalprävention erfolgreich praktiziert. Als positive Beispiele sind auf kommunaler Ebene Bochum und Hannover zu nennen. Während Bochum einen gleichnamigen Arbeitskreis mit der Beteiligung der Polizei, den Fachämtern der Stadt, Vertretern der Immobilienbranche und einer Hochschule eingerichtet hat, wurde in Hannover eine Arbeitsgruppe des LKA Niedersachsen an einem Modellprojekt eingesetzt.